Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2021 Nr. 01 · 17. Jahrgang

Wir streiten - Für eine lebenswerte Gesellschaft



Mit dem Jahr 2020 haben wir ein wahrliches Krisenjahr hinter uns gebracht. Das Jahr hat viele Menschen vor große Herausforderungen gestellt - gesundheitlich, wirtschaftlich, politisch, aber auch psychisch. Viele Familien mit Kindern standen während des Lockdowns in großen Stresssituationen und unsere alten Menschen waren in den Pflegeheimen isoliert und einsam. Im Kampf gegen eine globale Pandemie gibt es keine einfachen Lösungen und keine unumstößlichen Wahrheiten.

Die politische Rechte verharmlost das Pandemiegeschehen und versucht die Menschen zu verunsichern und unsere Gesellschaft zu spalten. Aus den steigenden Infektionszahlen und Sterberaten wollen sie politischen Profit schlagen. Das ist zutiefst menschenverachtend.

Wir als LINKE hoffen mit dem neuen Jahr auf eine Abschwächung des Pandemiegeschehens, auch um die Parteiarbeit schnell wieder intensivieren zu können. Die politische Arbeit hat sich in der Pandemie verändert. Vieles ist digitaler geworden. Dennoch haben wir einige Kraft darauf verwendet, alle Mitglieder in diesem komplizierten Jahr mitzunehmen. Nichtsdestotrotz fehlte es am persönlichen Kontakt und Beisammensein. Gerade als LINKE stehen wir für eine Politik nah am Menschen, für gelebten Meinungsstreit und Solidarität. Der Austausch der Mitglieder untereinander, politische Veranstaltungen und gesellige Runden fehlen spürbar.

DIE LINKE als soziale Kraft wird mehr denn je gebraucht. Neben den gesundheitlichen und sozialen Folgen der Pandemie, werden die wirtschaftlichen Folgen im begonnenen Jahr noch deutlicher in den Vordergrund treten. Bei den anstehenden Verteilungskämpfen gilt es, die Schwächsten der Gesellschaft zu schützen. Hierzu müssen wir die Vereine, Verbände und sozialen Einrichtungen stärken und eine neue Kultur der öffentlichen Daseinsvorsorge etablieren. Die Ankündigung der Stadt Potsdam, die Förderung des Vereins Kultür zu kürzen, der Menschen mit geringem Einkommen den Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen ermöglicht, zeigt exemplarisch, wo es für uns als Kreisverband zu kämpfen gilt.

Die Bundestagswahl wird mit dem absehbaren Regierungswechsel eine neue historische Phase einleiten. Als LINKE kämpfen wir mit aller Kraft für unsere Vision eines demokratischen Sozialismus und versuchen so viele Menschen wie möglich von unseren Ideen zu überzeugen. Hierzu bereiten wir uns schon jetzt intensiv auf einen engagierten Wahlkampf mit unserem Direktkandidaten Norbert Müller vor.

Wir wollen nicht nur eine Bundestagswahl gewinnen, sondern wir streiten auch für eine lebenswerte Gesellschaft, mit mehr Menschlichkeit und Gemeinsinn und auch Gelassenheit.

In diesem Sinne wünschen wir allen Genoss*innen und Mitstreiter*innen ein gutes Jahr 2021. Bleibt vor allem gesund (!) und zuversichtlich!

Martina Trauth & Roland Gehrmann
Kreisvorsitzende DIE LINKE. Potsdam

Luxemburg-Liebknecht- Ehrung im Jahr 2021

Die jährliche Liebknecht-Luxemburg-Demonstration zum Gedenken an die am 15. Januar 1919 ermordeten revolutionären Sozialisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg findet traditionell um das Datum ihres Todestages, am zweiten Januarwochenende, in Berlin statt.

Das für den 10. Januar 2021 geplante Stille Gedenken für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf dem Friedhof der Sozialisten wird verschoben und voraussichtlich am Sonntag, 14. März 2021, stattfinden. In der aktuellen Situation sind wir alle angehalten, unsere sozialen Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren, um die weitere Verbreitung des Corona-Virus zu vermeiden und insbesondere unsere älteren Mitmenschen, Freunde und Familienangehörige zu schützen. Wir halten es daher aus gesundheitlicher und politischer Sicht nicht für verantwortlich, unser jährliches Gedenken in der bekannten Form mit mehreren tausend Teilnehmer*innen im Januar durchzuführen.

Die Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Potsdam wird ebenfalls nicht im Januar stattfinden, sondern am Sonntag, 21. März 2021, um 10.00 Uhr am Denkmal „Flamme der Revolution“ hinter dem Hotel „Mercure“.

In dieser Ausgabe

2 LINKS informiert
Jahresrückblick des autonomen Frauenzentrums Potsdam

3 LINKS im Land
Mietpreisbremse auch für Gewerbe / Banner gehisst zum Tag der Menschenrechte / Gegen Verkauf von Krankenhaus

4 LINKS im Kalender
Holocaust-Gedenktag 2021 / Hans Marchwitza

5 LINKS im Rathaus
Jahresrück- und -ausblick / Fünf Gutscheine für die AWO Fahrpreiserhöhungen bei der ViP / Spendenaufruf der Fraktionen

6 LINKS DIREKT
Der BER ist am Netz – wie weiter? / Die Brandenburger Straße wird saniert / Digital-Pakt für Potsdamer Schulen / Norbert Müller zur Finanzierung der Garnisonkirche / Isabelle Vandre: Geschenke für Volkssolidaritäts-Kinderheim / CDU-Rentenpolitik

7

8 DIE LETZTE SEITE
Urlaubstage 2021 / Neutugang im Filmmuseum / Änderungen bei der ViP / Vorverkauf Theatersommer Sanssouci / Planetarium lädt ein/Filmfestival für Potsdam?

2020 - Jahres-Resümee des Autonomen Frauenzentrums



Demonstration für eine stärkere Einbeziehung von Fraueninteressen in die Corona-Maßnahmen am 15. Mai 2020.

Informationen der Redaktion

Die Februar-Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten" erscheint am Donnerstag, 4. Februar 2021. Redaktionsschluss ist am 22. Januar 2021.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten"
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS" erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Das Jahr 2020 war für das Autonome Frauenzentrum stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Für die Mitarbeiterinnen im Frauenzentrum, im Frauenhaus, in der Frauennotwohnung, der Beratungsstelle für Mädchen und Frauen sowie dem Mädchentreff Zimtzicken bedeutete die neue Situation ein Arbeiten im Krisenmodus. Vorstand und Mitarbeiterinnen trafen sich zu einem regelmäßigen Krisenstab, um zu beraten, wie die Arbeit unter Pandemiebedingungen laufen kann.
Trotz der Belastungen wurde vieles erreicht, und die Arbeit mit kreativen Ideen und digitalen Formaten fortgesetzt. Das Thema häusliche Gewalt erhielt viel öffentliche Aufmerksamkeit, und es gab eine höhere Bereitschaft, das Autonome Frauenzentrum und seine Gewaltschutzeinrichtungen mit Spenden zu unterstützen. Während der Sommermonate konnten alle Bereiche aufatmen und zumindest im kleinen Rahmen Veranstaltungen und Projekte umsetzen.

Häusliche Gewalt – Zuspitzung der Situation durch Corona und Lockdown
Durch den Lockdown seit März 2020 hat sich die Situation gesellschaftlich und familiär geändert. Durch Kurzarbeit verschlechterte sich die finanzielle Situation; durch Schließung der Schulen und Kindertagesstätten, Beratungsstellen und vieler Freizeitangebote waren die Familien zu Hause. Der Druck stieg und somit auch die häusliche Gewalt; zugleich fielen Kontaktmöglichkeiten weg. Die Folge war, dass die Anfragen im Frauenhaus, der Frauennotwohnung und der Beratungsstelle einbrachen. Mit den Lockerungen ab Frühsommer stiegen diese dann umso stärker an. Zum Jahresende sind das Frauenhaus und die Frauennotwohnung stark nachgefragt, bei der Beratungsstelle gehen zahlreiche Anfragen ein.
Für die Frauen, die bereits im Frauenhaus und der Notwohnung waren, waren Pandemie und Lockdown eine Last, die – abgesehen von der schwierigen Lebenssituation der Frauen allgemein - für soziale Spannungen in den Wohngruppen sorgte. Als positiver Impuls wirkte der Ausbau eines W-Lan-Netzes im Frauenhaus: Die Bewohnerinnen konnten nun Kontakt zu Angehörigen aufnehmen, externe psychosoziale Beratung wahrnehmen und an Bildungsangeboten teilnehmen.

Begegnungsorte im Lockdown
Das Frauenzentrum und der Mädchentreff Zimtzicken waren als öffentliche Orte der Begegnung von Lockdown und Kontaktbeschränkungen betroffen.
Der Mädchentreff nutzte den Lockdown im Frühjahr, um Renovierungs- und Gartenarbeiten durchzuführen und an einer Handreichung zum Aufbau und Betrieb eines Mädchentreffs zu arbeiten. Die Handreichung ist Bestandteil eines EU-Projekts, in welchen Partnerinnen aus Polen, Belgien und Deutschland die Mädchenarbeit voranbringen wollen. Im Sommer konnte unter Einhaltung der Hygienebestimmungen ein trinationales Treffen in Krakau stattfinden.
Im Lockdown kommunizierte der Mädchentreff über Online-Angebote und Telefon. Im Lockdown-Light im Herbst konnten zumindest Mädchen unter 14 Jahre in den Mädchentreff kommen; für die älteren Mädchen wurden Einzeltermine angeboten. Die Sommermonate wurden genutzt, um an der frischen Luft ein abwechslungsreiches Ferienprogramm durchzuführen. Auch die interkulturelle Mädchengruppe am Schlaatz wurde stark frequentiert.
Das Frauenzentrum stellte seine Kommunikation um und versuchte, die Frauengruppen und -Netzwerke über digitale Kanäle zu erreichen. So startete im Juni das Projekt Komplizin*, das auf der Webseite komplizin.net die Landschaft der zahlreichen Frauengruppen, -Vereine und Initiativen vorstellt sowie mit einem Blog und einem Pressespiegel über neueste Entwicklungen im Bereich Frauen- und Geschlechterpolitik informiert.
Auch die politische Arbeit des Frauenzentrums verlegte sich auf Online-Formate: Arbeitsgruppen, Beiräte und Gesprächsrunden fanden über Videoformate statt. Zum 30-jährigen Jubiläum des Autonomen Frauenzentrums entstand ein Imagefilm, der in den sozialen Netzwerken verbreitet wurde.
Doch auch im öffentlichen Raum zeigte das Frauenzentrum Präsenz: Im Frühjahr demonstrierten die Mitarbeiterinnen dafür, die Interessen und Bedürfnisse von Frauen stärker einzubeziehen. Zum Weltmädchentag am 11. Oktober fand eine Fahrraddemo statt, bei der Mädchen ihre Forderungen öffentlich formulieren konnten.

Ausblick
Das kommende Jahr wird auch für das Frauenzentrum mit Lockdown und Krisenmodus beginnen. Für die Zeit ab Frühjahr hoffen die Mitarbeiterinnen auf eine Entspannung der Situation, denn es gäbe viele Anlässe, sich zu treffen und gemeinsam zu feiern: Da wäre zum einen das verschobene Jubiläum aus dem Jahr 2020, das im September mit dem Festival der Frauen begangen werden soll. Losgehen soll es am 8. März mit einem Frauentagsbrunch zum Thema Frauen & Klimawandel.
Das Frauenzentrum wird 2021 seit 10 Jahren an der Schiffbauergasse sein, und der Mädchentreff Zimtzicken feiert sein 25-jähriges Bestehen.

Neben Förderungen durch die Landeshauptstadt Potsdam, Potsdam-Mittelmark und das Land Brandenburg sind das Frauenzentrum und seine Anlauf- und Beratungsstellen auch 2021 auf Spenden angewiesen. **Das Spendenkonto lautet DE98 1605 0000 2345 22 bei der MBS Potsdam.**



Filmdreh mit Vision-X für den Imagefilm des Frauenzentrums am 14. August. Fotos: Autonomes Frauenzentrum Potsdam e.V.

Ein Banner für die Menschenrechte



Gemeinsame Aktion zum Tag der Menschenrechte
Foto: Landeshauptstadt Potsdam/ Christine Homann

Anlässlich des Tags der Menschenrechte am 10. Dezember 2020 präsentierte Potsdams Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth gemeinsam mit Beiräten der Landeshauptstadt Potsdam und dem Evangelischen Kirchenkreis vor dem Rathaus ein Banner mit der Aufschrift „Wir für Menschenrechte und Vielfalt".

In einer gemeinsamen Erklärung erklärten sie: „Die Forderung nach Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte hat leider nicht an Aktualität verloren, denken wir nur an die Debatte zum Thema sexuelle Gewalt an Frauen, den Flüchtlingsschutz oder die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen."

Gerade in der Corona-Pandemie werde besonders sichtbar, wie viele Menschen in ihrer Würde und in ihren Rechten verletzt werden. „Sie verdienen die Solidarität der Gesellschaft", heißt es abschließend.

Mietpreisbremse auch für kleine Läden



Leerstand wird zum Normalzustand / Foto: E.Stengel/imago

Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie waren viele kleine Gewerbetreibende in den Innenstädten vieler größerer Städte massiv von Verdrängung bedroht. Anders als für Wohnraum gibt es bisher keinen speziellen Schutz für Gewerbemieterinnen und -mieter. Dort, wo Gewerberaum knapp ist, können Vermieter ohne Einschränkungen die Mieten in die Höhe treiben. Kurze Vertragslaufzeiten führen zu beständiger Unsicherheit und können für kleine Gewerbetreibende nicht selten schnell zum Verlust ihrer Existenzgrundlage werden.
Die Bundesregierung schaut dieser Entwicklung bisher tatenlos zu. Deshalb haben wir als LINKE Anfang des Jahres als erste Fraktion im Bundestag konkrete Vorschläge zum besseren Schutz von Gewerbemieterinnen und -mietern vorgelegt und dabei unter anderem eine Mietpreisbremse für Gewerbemieten ins Spiel gebracht.
Inzwischen hat sich die Lage für viele Gewerbetreibenden jedoch nochmal deutlich verschärft. Viele kleine Läden stehen angesichts der Corona-Krise trotz staatlicher Hilfen kurz vor der Pleite. Auch die Möglichkeit, die Miete während der ersten Corona-Welle vorübergehend bis Ende Juni stunden zu können, war da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die gestundeten Mietzahlungen haben sich meist in Schuldenberge verwandelt, die irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Oft kommen dann noch Zinsen hinzu. Auch das zu Beginn der Krise festgeschriebene Kündigungsmoratorium ist bereits Ende Juni ausgelaufen und selbst mit Beginn des zweiten Shutdowns nicht wieder in Kraft gesetzt worden.
Als LINKE haben wir die Bundesregierung deshalb in einem Antrag aufgefordert, zumindest jetzt in der Krise Gewerbemieterinnen und -mieter besser zu schützen. Dazu braucht es schnellstens wieder ein Kündigungsmoratorium bei Corona-bedingtem Zahlungsverzug. Zudem muss endlich eindeutig per Gesetz festgeschrieben werden, dass Gewerbemieter ihre Miete um mindestens die Hälfte absenken können, wenn sie von behördlichen Schließungen im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung betroffen sind. Und auch denjenigen, die aufgrund der Pandemie „nur" von erheblichen Umsatzverlusten betroffen sind, muss gesetzlich garantiert werden, dass sie ihre Mieten temporär absenken können.

Große Immobilienkonzerne kassieren weiter ab

All diese Maßnahmen sind dringend notwendig, um viele kleine Gewerbetreibende vor der Insolvenz zu retten. Sie führen aber auch zu einer gerechteren Verteilung der finanziellen Lasten der Corona-Krise, denn aktuell streichen viele der großen Immobilieneigentümer trotz Krise weiter satte Renditen ein. Nur in wenigen Fällen erklären sich Vermieter bereit, auf einen Teil ihrer Mieteinnahmen zu verzichten. Zumal die Rechtslage hier bestenfalls ungeklärt ist. So haben die Gerichte bisher in vielen Fällen einen Anspruch auf Absenkung der Miete verneint. Aber selbst diejenigen, die vor Gericht Recht bekommen sollten, werden auf eine endgültige gerichtliche Klärung in der Regel viele Monate, wenn nicht sogar ein paar Jahre warten müssen.
In Teilen der "Großen" Koalition scheint unser beharrliches Nachhaken inzwischen Wirkung zu zeigen. So kündigte SPD-Bundesjustizministerin Christine Lambrecht im November an, dass sie nun doch Rechtssicherheit für Gewerbemieterinnen und -mieter schaffen wolle, für deren Läden die Behörden die Schließung verfügen.
Ob sie sich mit diesem Vorschlag gegenüber CDU und CSU durchsetzen wird, steht in den Sternen. Bisher hat die Union, allen voran Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, beim Thema Gewerbemieten jedenfalls noch keinerlei Handlungsbedarf erkennen lassen. Sonntags mögen sie das Hohe Lied auf das Kleinunternehmertum singen, aber wenn es zum Schwur kommt, steht die Union bisher immer fest an der Seite der Immobilienlobby. Aber auch da werden wir als LINKE beharrlich dranbleiben und weiter für einen umfassenden Schutz von Gewerbemieterin kämpfen. In der aktuellen Krise und natürlich auch darüber hinaus.

Pascal Meiser, MdB DIE LINKE.

Unglaubliche Verantwortungslosigkeit



Der Kreistag Oberspreewald-Lausitz hat am Abend des 17. Dezember 2020 entschieden, die Mehrheit der Anteile des kommunalen Klinikums Niederlausitz an den privaten Sana-Konzern zu verkaufen. DIE LINKE.Brandenburg ist entsetzt über diese Entscheidung.
*"Für mich ist diese Entscheidung eine unglaubliche Verantwortungslosigkeit!", empört sich Landesvorsitzende Anja Mayer. "Seit dem Frühjahr führt uns die Pandemie täglich vor Augen, warum Gesundheitsfürsorge in öffentliche Hand gehört. Ärzt*innen, Pflege und Krankenhäuser dürfen nur dem Patient*innen verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Interessen Einzelner. Eine Mehrheit der Kreistagsabgeordneten hat das bei der Entscheidung offenbar ausgeblendet – und das in einer Situation, in der das Klinikum wie die Gesundheitsversorgung insgesamt an der Leistungsgrenze sind."*
*Mario Dannenberg, Vorsitzender der Kreistagsfraktion, ergänzt: "Es wurde eine große Chance vertan. Eine strategische Partnerschaft mit dem CTK hätte die einmalige Möglichkeit eröffnet, einen starken Klinikverbund im Süden Brandenburgs zu etablieren – leistungsfähig, in kommunaler Verantwortung und den Interessen der Lausitzer*innen verpflichtet. Stattdessen entschied die Mehrheit gegen die Interessen der Bürger*innen in unserem Landkreis. Für eine kurzfristige Finanzspritze, deren Wirkung im Haushalt nicht lange spürbar sein wird, wird ein grundlegendes Element unserer Daseinsvorsorge aus der Hand gegeben – für immer. Das ist eine der beschämendsten Entscheidungen, die dieser Kreistag je getroffen hat!"*
"Wir fordern den Landrat auf, umgehend zu prüfen, wie die unnötige und gefährliche Privatisierung des Klinikums noch verhindert werden kann!", sagen Mayer und Dannenberg abschließend.

27. Januar: Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus



Heute erinnern die Gedenkstätte und das Museum Auschwitz-Birkenau an die Geschichte des Konzentrationslagers.

Am 27. Januar 1945 - vor 76 Jahren - befreiten sowjetische Soldaten das Vernichtungslager Auschwitz. Hier ermordeten die Nationalsozialisten zwischen 1940 und 1945 mehr als eine Million Menschen.

Der 27. Januar ist in der Bundesrepublik seit 1996 "Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus". In der DDR wurde der 27. Januar mit Blick auf die Rolle der Sowjet-Armee bei der Auschwitz-Befreiung begangen. 2005 erklärten die Vereinten Nationen und das Europäische Parlament den Tag zum internationalen Holocaust-Gedenktag.

Gedacht wird dabei der sechs Millionen ermordeten europäischen Juden, der Sinti und Roma, der Zwangsarbeiter, dem Hungertod preisgegebenen Kriegsgefangenen, der Opfer staatlicher Euthanasie, der Homosexuellen, aller, die sich aus religiösen, politischen oder schlichtweg menschlichen Beweggründen dem Terror widersetzten und deswegen der totalitären Staatsgewalt zum Opfer fielen.

Die Generation der Opfer – wie auch der Täter – stirbt aus und mit ihr die persönlichen Bezüge zu diesem Abschnitt der deutschen Geschichte. An jedem Jahrestag der Auschwitz-Befreiung gibt es weniger Überlebende, die ihre Erfahrungen weitergeben können. Daher fordert die UN-Resolution zum Holocaust-Gedenktag Staaten weltweit auch dazu auf, Erziehungsprogramme zu entwickeln, damit die Erinnerung lebendig gehalten wird und sich Auschwitz nicht wiederholt.



Sowjetsoldaten und Häftlinge umarmen sich.

„Kultur ist jeder zweite Herzschlag unseres Lebens“

Zum Leben und Schaffen des Arbeiterschriftstellers Hans Marchwitza

Hans Marchwitza (geb. am 25.06.1890) war der Sohn des Bergarbeiters Thomas Marwitza und dessen Ehefrau Thekla Maxisch. Bereits mit 14 Jahren war Marchwitza 1904 selbst unter Tage tätig. 1910 ließ er sich als Bergarbeiter ins Ruhrgebiet anwerben.
Doch schon zwei Jahre später wurde er wegen der Teilnahme an einem Streik arbeitslos. Bis er 1915 zum Militär eingezogen wurde, verdiente sich Marchwitza seinen Lebensunterhalt als Hilfsarbeiter. Bis 1918 diente er als Soldat an der Westfront. Aus dem Krieg zurückgekehrt, wurde er noch im selben Jahr Mitglied der Soldatenratswehr.
1919 schloss sich Marchwitza der USPD an. Im darauf folgenden Jahr kämpfte er als Zugführer der Roten Ruhr-Armee gegen Kapp-Putsch, Freikorps und die Reichswehr. 1920 trat er auch in die KPD ein. Als Frankreich das Ruhrgebiet besetzte, leistete auch Marchwitza erbitterten Widerstand.



Hans Marchwitza im Gespräch mit Jugendlichen (1959)



Marchwitza als Spanienkämpfer (Briefmarke der DDR)

Inzwischen war er als Streikteilnehmer wieder arbeitslos geworden. In diese Zeit fallen auch seine ersten schriftstellerischen Versuche. Alexander Abusch, ein Redakteur beim Ruhr-Echo, unterstützte und förderte Marchwitza und veröffentlichte dessen erste Arbeiten. Ab 1924 konnte Marchwitza in den kommunistischen Zeitungen Rote Fahne und Rote Front ebenfalls veröffentlichen.
1929 wurde er zusammen mit mehreren Journalisten und Schriftstellern in die Sowjetunion eingeladen. 1930 debütierte Marchwitza mit seinem ersten Buch Sturm auf Essen (Reportage über die Kämpfe im Ruhrgebiet 1920). Sofort nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, 1933, floh er in die Schweiz, wurde aber bereits 1934 wieder ausgewiesen. Bis 1935 war er für die KPD im französisch besetzten Saarland und kämpfte als Offizier ab 1936 im Spanischen Bürgerkrieg.
1938 kehrte er aus Spanien zurück und wurde beim Grenzübertritt nach Frankreich sofort verhaftet und interniert. 1941 gelang es ihm, in die USA zu fliehen. Dort wurde er in New York City ebenfalls interniert, konnte aber als Bau- und Hilfsarbeiter arbeiten. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück, zunächst nach Stuttgart, 1947 dann nach Babelsberg, in die SBZ. 1950 wurde er Gründungsmitglied der Akademie der Künste der DDR. Für diese Aufgabe bedankte man sich 1950 mit dem Nationalpreis der DDR. Diese Auszeichnung wurde ihm nochmals 1955 und 1964 verliehen. Im selben Jahr berief man ihn zum Kulturattaché in Prag, dieses Amt hatte er bis 1951 inne. Anlässlich seines 70. Geburtstages verlieh man ihm den Karl-Marx-Orden und den Ehrentitel Dr. phil. h.c. der Humboldt-Universität.
Zu seinen bekanntesten Romanen zählen "Sturm auf Essen "(1930), "Schlacht vor Kohle" (1931) und die Trilogie "Die Kumiaks", "Die Heimkehr der Kumiaks", "Die Kumiaks und ihre Kinder" (Zürich 1934) sowie Erzählungen und Reportagen. Und letztlich: Wer kennt es nicht - das berühmte Zitat des Arbeiterschriftstellers (siehe Überschrift)?!
Im Alter von 74 Jahren starb Hans Marchwitza am 17.01.1965 in Potsdam-Babelsberg.

Bernd Martin



Grab von Hans Marchwitza auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin

Mit Zuversicht ins Jahr 2021 – aber nichts bleibt, wie es war

Ein denkwürdiges Jahr ging auch für die Stadtverordneten mit der Dezember-Sitzung dem Ende entgegen. Dreimal wurde der Tagungsort im vergangenen Jahr gewechselt: vom Rathaus in die IHK, zur Uni und in die MBS-Arena.
Eine der wichtigsten Entscheidungen der Stadtverordneten — die zum Haushalt - wurde coronabedingt als Sicherung des Status quo getroffen. Dennoch wurden mit diesem Haushalt wichtige Weichen gestellt — stehen für Investitionen in den öffentlichen Verkehr und erstmals auch für den Ankauf von Grund und Boden erhebliche Mittel bereit.
Ebenfalls gelungen ist die Rückkehr des städtischen Klinikums in den TVöD - ein wirklich großer Erfolg - auch, wenn in den Töchtern noch Schritte zu gehen sind. DIE LINKE. wird darauf achten, dass die Beschlüsse dazu in Gänze umgesetzt werden.
Die Diskussion um den Erhalt des Rechenzentrums hat eine Wendung genommen. In dem vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Verfahren werden nun erstmals beide Nutzungen gleichberechtigt debattiert.
Nach langwieriger Diskussion konnte auch die Zukunft des Extaviums gesichert werden mit der „Kinderwelt" als neuen Träger.
Natürlich gab es auch Rückschläge: dass der B-Plan für den Uferweg am Griebnitzsee scheiterte, wirft das Projekt wohl erneut um Jahre zurück. Und auch das Scheitern einer einheitlichen Elternbeitragsordnung für die Kitas der Stadt ist wenig erfreulich. Zwei Baustellen, die uns im angebrochenen Jahr gewiss beschäftigen werden. Ebenso wie der neue Kita- und Schulentwicklungsplan, der erstmals auch Sportstätten berücksichtigen soll, der Schutz vor steigenden Mieten, der Ausbau des ÖPNV und, und, und ...
Der Start in das Jahr 2021 ist geprägt von all den Maßnahmen, zur Beherrschung der Corona-Pandemie. Das wird auch noch eine Weile so bleiben, trotz Impfstoff. Der bringt Hoffnung, heilt aber die über die Monate entstandenen vielen sozialen Verwerfungen nicht.
Gerade deshalb werden bezahlbares Wohnen, die Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien, der Kampf gegen Kinderarmut, die Förderung gleicher Bildungschancen und der Ausbau der Infrastruktur, vor allem des ÖPNV und der gesundheitlichen Versorgung auf unserer politischen Agenda bleiben.
Was es wirklich bedeutet, die kulturelle Vielfalt der Stadt wieder entstehen zu lassen, welche Auswirkungen die Pandemie langfristig auf die wirtschaftliche Situation in der Stadt und die vielen Unternehmen und Akteure hat — all das wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Sicher ist und bleibt: wir werden uns diesen Herausforderungen stellen, gerne gemeinsam mit den PotsdamerInnen, denen ihre Stadt am Herzen liegt, die wie wir hier gerne wohnen und leben. Unser Wissen, unser ehrenamtliches Engagement für die und mit den PotsdamerInnen und unsere Zuversicht sind dafür gute Voraussetzungen. Wir bleiben dran — und sind für Sie da — auch 2021!
Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzende

Falsches Signal



Die ViP erhöhte ihre Fahrpreise zum 01.01.2021 um 10 Cent pro Ticket bzw. 20 Cent auf die 4-Fahrten-Tickets. Tina Lange, Stadtverordnete für DIE LINKE und stv. Vorsitzende im Mobilitätsausschuss, erklärte dazu: "Mitten in der Corona-Krise sind die kräftigen Erhöhungen von rund 5% das völlig falsche Signal. Wir wollen, dass der ÖPNV attraktiver und der Umstieg im Interesse unserer Umwelt vereinfacht wird. Die Preiserhöhung trifft die Falschen: insbesondere Einkommensschwache und Schüler*innen sind weiterhin auf den ÖPNV angewiesen. Wer es sich leisten kann, steigt coronabedingt gerade vermehrt auf das Auto oder (E-)Fahrrad um."
"Natürlich muss der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut sein und die Beschäftigten müssen gut bezahlt werden - aber diese Kosten muss die Gesellschaft insgesamt solidarisch tragen und nicht die einzelnen Nutzer*innen, die sich bereits umweltfreundlich bewegen. Eine ökologische Verkehrswende ist nur mit den Menschen in der Stadt machbar", so der Stadtverordnete Sascha Krämer.

#Glücksmomente schenken

Wie jedes Jahr um die Weihnachtszeit spendeten die Mitglieder der Stadtfraktion DIE LINKE. auch 2020 wieder an eine soziale Einrichtung. Dieses Jahr unterstützen sie mit fünf Gutscheinen zu je 50 Euro vom Intersport Olympia den AWO- Bezirksverband Potsdam e.V..
Mit dem Projekt "Glücksmomente" werden Kinder, die es aus den unterschiedlichsten Gründen nicht leicht haben, in ihrer Freizeitgestaltung unterstützt. Das geschieht auch in Kooperation mit anderen Einrichtungen und Unternehmen in der Stadt.
Die beiden Fraktionsvorsitzenden (Dr. Sigrid Müller und Stefan Wollenberg) fanden das #glücksmomente-Video so toll, dass sie Kinder in ihrer Begeisterung fürs Tanzen unterstützen wollen. Den Unterricht stiftet die Tanzakademie Marita Erxleben, die Sportkleidung können sich jetzt fünf Tanzbegeisterte mit den Gutscheinen aussuchen. "Nachahmungen sind erwünscht", will Fraktionschef Wollenberg andere animieren, es ihnen gleich zu tun. Die AWo freut sich jederzeit über weitere Unterstützung.





Kindern Mut machen – Laptops für Bildung spenden

Gemeinsam riefen die Fraktionen SPD, Grüne, DIE LINKE. und CDU in der Potsdamer SVV kurz vor den Festtagen 2020 zu einer weihnachtlichen Spendenaktion aus aktuellem Anlass auf.
Im Aufruf hieß es u. a.: „Vor den Weihnachtsferien wechselten viele Schulen erneut in den Distanzunterricht. Zu Beginn des neuen Jahres muss dieser leider fortgesetzt werden. Trotz vielfältiger Bemühungen von Schulen, Verwaltung und Eltern verfügen längst nicht alle Kinder über die notwendigen technischen Voraussetzungen – vor allem ein eigenes internetfähiges Notebook oder Tablet. Hier wollen wir gern helfen!" Abgegeben werden konnten die Geräte direkt im Büro „Kindermut" im Hauptbahnhof, Babelsberger Straße – mehr Infos gibt's hier: buero-kindermut.de/spenden/ oder im Rathaus in der Friedrich-Ebert-Straße 79-81. Hier ist die Fraktionsgeschäftsstelle der LINKEN in der 3. Etage der richtige Anlaufpunkt. Telefonische Anmeldung unter 0331/289 3051. Bis zur 1. Januarwoche konnten bereits 30 Geräte übergeben werden.

Potsdams Schulen reichten Anträge zum DigitalPakt ein

46 Potsdamer Schulen haben aus dem DigitalPakt insgesamt knapp 9,5 Millionen Euro beantragt. Am 15. Dezember 2020 wurden alle notwendigen Unterlagen unterschrieben an die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) versandt. Zu den Förderanträgen gesellt sich noch mal ein städtischer Eigenanteil von ca. 1 Million Euro.
„Mit der Antragstellung hat die Landeshauptstadt einen wichtigen Meilenstein im Projekt DigitalPakt Schule erreicht .“, so Beigeordnete Noosha Aubel.
Ein Großteil der Mittel fließt zunächst in die strukturierte Verkabelung und den Ausbau der schulischen W-LAN-Infrastruktur mit einem aktuellen Baukostenbudget von 5,3 Millionen Euro. Das Volumen für die Beschaffung der IT-Ausstattung beträgt knapp 5,2 Millionen Euro. Geplant ist die Anschaffung von 1.500 Desktop PCs, 1.300 Notebooks, 117 Interaktiven Displays, 700 Tablets, 135 Beamern sowie die dazugehörige Netzwerktechnik. Die Umsetzung dieser Maßnahmen findet fortlaufend bis zum Ende des Förderzeitraums 2024 statt.

Sanierung der Brandenburger Straße - wie soll es denn nun laufen?

Die Stadt hat an alle Anwohner der Brandenburger Straße Post verschickt und über die anstehende Sanierung der Brandenburger Straße informiert, ein geplantes Veranstaltungstreffen zu diesem Thema musste leider ausfallen. Für alle die sich sonst noch dafür interessieren, hat die Stadt eine Online-Plattform erstellt, auf der alles Wissenswerte zur Sanierung stehen soll. Vermutlich ab 2021 findet man hier mehr, denn noch ist die Seite etwas dünn bestückt. Aber "Der Anfang" ist gemacht.

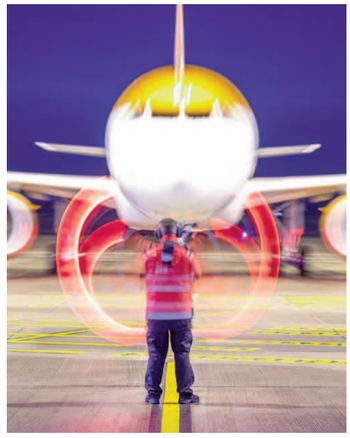
Mehr auf www. potsdam-brandenburger-strasse. de

Zu groß, zu laut, zu teuer!

Der BER ist am Netz - aber ist er auch ein Zukunftsmodell?



Der neue Flughafen Berlin-Brandenburg "Willy Brandt" - kurz BER – ging am 31.Oktober letzten Jahres mit 9 Jahren Verspätung wirklich an den Start.
Damit ging eine 30 jährige Geschichte von Fehlentscheidungen und -planungen und enormer Geldverschwendung zu Ende. VORLÄUFIG! Und niemand übernimmt dafür die Verantwortung.
Es sollte ein Flughafen in Öffentlicher Verantwortung von Berlin, Brandenburg und dem Bund für 2,4 Mrd. € gebaut werden. Die Abrechnung liegt derzeit bei ca. 6, 6 Mrd. €.
Ich habe das Flughafenprojekt BBI/BER für die PDS- bzw. Linke-Landtagsfraktion seit 1990 kritisch begleitet und auch in zwei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen unsere Position konsequent vertreten. Unsere Kritik war von Anbeginn: zu groß, zu laut, zu teuer! Leider hat sich das bewahrheitet...
Was ist schief gelaufen? Die Ereignisse zwingen uns zum Nachdenken.
Nach 14 Jahren Bauzeit ist ein Flughafen in Betrieb genommen worden, der planerisch gesehen schon in die Jahre gekommen war, also alt ist. Leider wurde die lange Zeit nicht genutzt, um zu entscheiden, was wir wirklich brauchen. Jede/r konnte es wissen, dass die künstliche Blase der Billigfliegerei bei der geringsten Erschütterung wie eine Seifenblase zerplatzen würde. Hauptsache fliegen...Das ist kein taugliches Modell.



An welchen realen Bedürfnissen muss sich ein der nachhaltigen Entwicklung und dem Klimawandel und -schutz zeitgemäßer Flughafen orientieren?
Die Corona-Krise gibt dem Wort "real" einen neuen Sinn. Aber es war auch schon in den 1990ern notwendig, über die Sinnhaftigkeit des innerdeutschen Flugverkehrs nachzudenken. Unser Vorschlag war es schon damals, den Kurzstreckenflugverkehr bis 600 km durch schnelle Bahnverkehre auf einem modernen Bahnnetz zu ersetzen. Und natürlich gehören Flugbenzin und Kerosin besteuert. Und der Preis für den CO_2 -Ausstoß beim Fliegen muss selbstverständlich über einen wirksamen Zertifikate-Handel bezahlt werden- EU-weit geregelt!
Plötzlich geht es - von Corona erzwungen. Es wird am Computer vernetzt weltweit gearbeitet und diskutiert, wo gestern noch unbedingt der „Flieger“ genutzt werden musste.



Linke: Alle Zahlen auf den Tisch
Doch die Katastrophengeschichte BBI/BER ist noch längst nicht zu Ende. Die Flughafengesellschaft war nie wirklich ausfinanziert. Immer wieder, schon vor der Coronakrise machte der Flughafenchef kontinuierlich seine Rechnung auf, wonach die drei Gesellschafter zahlen sollten - und gezahlt haben.
Dieser Flughafen wird sich weder kurz-, mittel- noch langfristig auf sichere wirtschaftliche Füßen stellen können. Es besteht die Gefahr, dass weiterhin viel Steuergeld fließen wird. Die ausbleibenden Fluggäste in der Coronapandemie verschärfen die wirtschaftliche Lage vehement.
Brandenburgs Finanzministerin Katrin Lange gab dafür im Parlament schon mal grünes Licht: "Wir werden ihm durch die Krise helfen, auch wenn das voraussichtlich sehr viel Geld kostet." Das ist keine wirkliche Strategie und grenzt an Geldverschwendung. Das sieht nach dauerhafter Subventionierung aus.
Ich finde, dass jetzt endlich von den drei Gesellschaftern die Frage beantwortet werden muss, welcher Flughafen in der Region unter den veränderten Rahmenbedingungen wirklich gebraucht wird und unter welchen finanziellen Möglichkeiten er als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge eine Zukunft hat.
Meines Erachtens liegt die Finanzministerin falsch in ihrem Glauben, dass der BER auf längerer Sicht Geld verdienen wird. Damit drückt sie sich doch nur vor dem notwendigen Schritt, jetzt den Schnitt zu machen, Transparenz herzustellen, alle Zahlen auf den Tisch zu legen und die notwendigen Entscheidungen für die Sanierung zu treffen. Dazu braucht es Mut, um eine nachhaltige Entscheidung zu treffen. Den bringt die Brandenburger Regierung offensichtlich nicht auf. Ich hoffe, dass die Rechnungshöfe vom Bund und von Berlin und Brandenburg mit ihren angekündigten Kontrollen den nötigen Entscheidungsdruck entfalten werden.
Ich habe bei meinem Abschied aus dem Parlamentsleben versprochen, ein Buch über den BBI/BER und seine leidvolle Geschichte zu schreiben. Das Vorhaben gilt auch weiterhin - nur bin ich jetzt erst einmal mit der Kommissionsarbeit in Sachen Corona-Ausbruch im Bergmann-Klinikum im März 2020 voll gefordert. Aber natürlich verfolge ich die Flughafenentwicklung weiter.

Anita Tack, langjährige Verkehrsexpertin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag

Fotos: G. Wicker / FBB

Geschenke für das Kinderheim der Volkssolidarität Potsdam



Für Kinder und Jugendlichen war das Krisen-Jahr 2020 besonders belastend. Kitas, Schulen, Jugendclubs und Bildungsstätten: viele Orte, an denen Kinder und Jugendliche lernen, sich begegnen und sich entfalten können, waren zeitweise geschlossen oder bangen mitunter um ihre Existenz. Freund*innen und Verwandte zu treffen ist gerade aufgrund der Einschränkungen nur sehr begrenzt möglich. Wir wollen, dass alle Kinder eine schöne Weihnachtszeit haben. Wir können die fehlenden Kontakte während der Corona-Pandemie leider nicht ersetzen - zusammen mit Norbert Müller konnte ich den Kindern eines Kinderheims der Potsdamer Volkssolidarität jedoch zumindest ihre Geschenkwünsche zur Weihnachtszeit erfüllen. Den Erzieher*innen, welche die Kinder in dieser schwiergen Zeit begleiten und unterstützen, konnten wir auch eine kleines Dankeschön übergeben. Wir bedanken uns herzlich bei Inge von der AG Senioren für die Organisation der Geschenkübergabe und bei allen Spender*innen.

Isabelle Vandre, MdL

CDU will Rente an die Börse bringen

„Die Rente ist sicher“, versprach einst Norbert Blüm. Mittlerweile ist bei der CDU nicht mal mehr das Renteneintrittsalter sicher. Ihr aktuelles Rentenkonzept sieht unter anderem einen schrittweisen Übergang zu einem „individuellen Renteneintrittsalter“ vor. „Unser Ziel dabei ist, dass anstatt eines fixen gesetzlichen Renteneintrittsalters für alle in Zukunft eine Regelung für einen individuellen Übergang in die Rente ermöglicht wird“, heißt es in einem vom Bundesfachausschuss der Partei beschlossenen Papier. “Individuelles Renteneintrittsalter“ heißt nichts anderes, als dass die Erwerbstätigen in Deutschland länger arbeiten sollen.

Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN, warnte deshalb: „Länger für die Rente arbeiten – das ist nichts anderes als eine Rentensenkung“. Man kann durchaus eine Zahl an Versichertenjahren festlegen, so Riexinger, mit denen man auf jeden Fall in Rente gehen darf. „DIE LINKE schlägt dafür 40 Versichertenjahre vor. Aber: Man braucht auch ein Höchstalter, in dem auch Menschen, die lange ohne Sozialversicherung arbeiten mussten, vollen Anspruch auf Rente haben. Dieses Alter sollte wieder 65 Jahre sein“.



Die Pläne der CDU enthalten aber noch eine weitere böse Überraschung: Das bisherige Umlageverfahren soll ersetzt werden - die Renten sollen künftig teilweise an den Börsen verdient werden. Für Riexinger ein Unding: „Rentnerinnen und Rentner sollen künftig den Unsicherheiten der Kapitalmärkte ausgesetzt werden. Schon die Riesterrente hat die Steuerzahler und die Versicherten Millionen gekostet. Und jetzt legt man noch einen drauf und will Teile der gesetzlichen Rente an die Börse bringen. Das wird auf heftigste Gegenwehr der Linken stoßen“. *Fabian Lambeck (gek.)*

Stein auf Schein - Millionengrab Garnisonkirche

Seit Kurzem ist es offiziell: Die Bundesregierung bezuschusst den Bau der Garnisonkirchenkopie mit weiteren 4,5 Mio Euro, insgesamt jetzt schon knapp 25 Bundesmillionen.

Noch im Sommer antwortete mir die verantwortliche Kulturstaatsministerin Monika Grütters, dass keine weiteren Mittel vorgesehen seien. Doch dann urplötzlich muss der Wiederaufbaustiftung aufgefallen sein, dass die Baukosten deutlich höher ausfallen als bisher veranschlagt.Mittlerweile geht selbst die Stiftung von Kosten jenseits der 40 Millionen aus und das nur für den Turm. Als das Projekt einst vorgestellt wurde, waren 44 Millionen Euro für den gesamten Bau angekündigt.

Wohlgemerkt liegt bis jetzt kein Antrag auf das Abrufen dieser zusätzlichen Mittel vor. Grütters zeigt sich hier also in vorauseilender Zahlungsfreude.

Noch im Jahr 2016 hatte uns die Bundesregierung gesagt, dass die bis dato bereitgestellten Mittel nur fließen dürften, "sofern die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist"(Vgl. Bt.-Drs. 18/8591). Dass sie nun selbst für die Hälfte der Gesamtfinanzierung herhält, führt diesen Vorgang endgültig ad absurdum. Geradezu grotesk war es schon vorher, dass es Bundesmittel sind, die den Beschluss des Potsdamer Stadtverordnetenversammlung unterlaufen und nun immer mehr öffentliche Mittel zuschießen, zuletzt auch für die Konzeptionierung der Dauerausstellung durch das Verteidigungsministerium. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn sich ausgerechnet Kramp-Karrenbauers Haus um eine möglichst kritische Wiederaufarbeitung der Geschichte der Militärkirche kümmern soll.

Als LINKE werden wir weiterhin alles daran setzen, den Bau eines Wallfahrtsorts für alte und neue Nazis zu behindern und das Rechenzentrum zu retten. Letzteres hat der Potsdamer Zivilgesellschaft in den fünf Jahren seiner derzeitigen Nutzung bereits mehr gebracht als die Garnisonkirche Zeit ihres Bestehens.

Norbert Müller, MdB

Berlin/Brandenburg - Wie soll es weiter gehen?

Die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg ist in den letzten Jahren kontinuierlich vertieft worden. Ob Wohnen, Verkehr oder Wirtschaft - kein Thema kann in diesem engen Verflechtungsraum allein betrachtet werden. Seit Mitte Dezember 2020 hat man die Möglichkeit, sich an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft zu beteiligen. Bis zum 17. Januar 2021 kann man/frau Ideen einbringen. . Die Online-Plattform dafür findet man auf **www. berlin-brandenburg. de/ zusammenarbeit** .

Planung Krampnitz erneut ausgelegt

Die Entwürfe der Flächennutzungsplan-Änderungen "Krampnitz" sind mit Begründung, Umweltbericht und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Öffentlichkeit ausgelegt. Stellungnahmen können bis zum 18. Januar schriftlich oder per E-Mail an **stadtentwicklung@rathaus. potsdam. de** *eingereicht werden.*

Schlaatz hat App

Die Einrichtungen des Schlaatz haben sich zusammengetan, um Ihre Angebote in der “wohlvertraut-App“ zu bündeln. Mit ihr ist auch ein schneller Austausch mit den Mitarbeitern der Einrichtungen oder untereinander möglich. Die App gibt es kostenfrei in den bekannten Stores. Mehr Informationen zum Angebot des Stadtteils gibt es auf **schlaatz. de**.

Nichtraucherwettbewerb startet

Vom 16.11. 2020 bis 30.4. 2021 findet der 24. bundesweite Wettbewerb „Be smart don´t start“ für rauchfreie Schulklassen statt. Ab sofort können sich Schulklassen dafür anmelden. Obwohl der Tabakkonsum bei Jugendlichen der 10. Klassen zurückgegangen ist (2005 lag er bei Jungen noch bei 37 Prozent, 2017 bei 17 Prozent), rauchen immer noch etwa 4.000 Jugendliche im Land Brandenburg regelmäßig. **www.besmart.info**

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Das Maximum an Urlaub!

Mehr Erholung mit wenig Aufwand: Brückentage sind das Schlüsselwort, wenn es um die Frage geht, wann man Urlaub nehmen soll? Die Frage ist für 2021 während der Corona-Pandemie noch schwieriger zu beantworten als in anderen Jahren. Frühes Planen zahlt sich trotzdem aus.
Günstig liegen die Feiertage 2021 nicht: 9 von insgesamt 20 Feiertagen in Deutschland fallen auf einen Sonnabend oder Sonntag, darunter der Tag der Deutschen Einheit und die beiden Weihnachtsfeiertage.
Brandenburg ist bei der Urlaubsplanung mit 39 freien Tagen aus 18 Urlaubstagen Schlusslicht – keiner der zusätzlichen Feiertage kommt dem Bundesland in diesem Jahr zugute. Dieses Pech teilt Brandenburg mit Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.
Welche Tage bieten sich an?
Bis zu 10 Tage frei um Ostern: In 2021 liegt Ostern zwischen Karfreitag, am 2. April, und Ostermontag, am 5. April. Wer vom 29. März bis zum 1. April Urlaub nimmt, bekommt mit 4 Urlaubstagen durch die Feiertage 10 freie Tage heraus. Ebenfalls 10 freie Tage gibt es mit 4 Urlaubstagen, wenn man sie vom 6. bis zum 9. April nimmt.
Himmelfahrt liegt in diesem Jahr auf dem Donnerstag, 13. Mai. 9 freie Tage gibt es für diejenigen, die 4 Urlaubstage zwischen 10. und 14. Mai nehmen. Mit 1 Urlaubstag am 14. Mai gibt es immerhin 4 freie Tage.
Nach Himmelfahrt kommt Pfingsten - am 23. und 24. Mai. Mit 6 Urlaubstagen zwischen dem 14. Mai und dem 21. Mai gibt es 12 freie Tage. Um Pfingsten gibt es 9 freie Tage, wenn vom 25. bis zum 28. Mai 4 Urlaubstage genommen werden.
Weihnachten und Silvester liegen in diesem Jahr am Wochenende. Das ist nicht wirklich attraktiv, wenn man mit wenig Tagen die Weihnachtstage optimal nutzen will. Sie liegen in diesem Jahr mit dem 25. und 26. Dezember auf einem Sonnabend und Sonntag. Neujahr dementsprechend auch auf einem Sonnabend. Aber: 9 freie Tage gibt es mit dem Einsatz von 5 Urlaubstagen, wenn man zwischen dem 27. und 31. Dezember 2021 Urlaub nimmt. Geht doch, oder? *BM*

Vorverkauf für Theatersommer gestartet

Das Theater Poetenpack schaut mit voller Zuversicht auf das kommende Jahr. Das Highlight wird der Theatersommer Sanssouci, der vom 30. Juni bis 31. Juli 2021 im Potsdamer Heckentheater stattfindet. Vier Inszenierungen stehen auf dem Programm und der Vorverkauf läuft.
Eröffnet wird das Festival in 2021 mit der Komödie „Ab in die Sommerfrische!“ nach Carlo Goldoni, die am 30. Juni Premiere unter freiem Himmel feiert. Die 1761 entstandene Lustspielreihe „Trilogie der Sommerfrische“ wird als abendfüllende Inszenierung in 14 Vorstellungen auf die Bühne des historischen Heckentheaters unweit des Neuen Palais im Schlosspark Sanssouci gebracht.
Die weiteren Inszenierungen wurden bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich im Rahmen des Theaterfestivals aufgeführt: Molières berühmte Komödie „Der eingebildete Kranke“, „Eine Mittsommernachts-Sex-Komödie“ von Woody Allen und „Das Spiel von Liebe und Zufall“ von



Pierre Carlet de Marivaux.

Fahrplanwechsel & neue Namen

Mit Fahrplanwechsel am 13. Dezember gibt es einige Veränderungen bei der ViP. Insbesondere das Angebot im Potsdamer Norden wurde verbessert.

Alle Änderungen zusammengefasst:
Auf der Buslinie 609 (Kartzow/Satzkorn - Fahrland - Campus Jungfernsee) sind vier der sechs eingesetzten Busse Gelenkbusse. Damit werden alle Fahrten im Schülerverkehr mit großen Bussen und mehr Plätzen bedient. Im Schülerverkehr und zu fahrgastärmeren Zeiten kommen auf den Buslinien 609, 612 und 697 künftig barrierefreie Minibusse zum Einsatz. Sie lösen die bisherigen Großraumtaxis ab.
Das Fahrplanangebot im übrigen Stadtgebiet wird in Abstimmung mit der Landeshauptstadt Potsdam grundsätzlich beibehalten. Bei den Fahrplänen einzelner Linien sind jedoch ebenfalls Verbesserungen vorgesehen:
- Tram 92: Mo-Fr Ausweitung des 10-Minuten-Taktes durch zusätzliche Fahrten früh ab Kirschallee 6.40 Uhr bis Bisamkiez und nachmittags ab Bisamkiez 17.58 und 18.18 Uhr bis Kirschallee
- Tram 96: die erste Fahrt am Sonntag ab Bisamkiez fährt 3 Minuten früher, um den Anschluss zu den Nachtbussen am Hauptbahnhof zu erreichen
- Bus 609: Verlängerung der letzten Fahrt (Am Upstall an 0.47 Uhr) in den Nächten Fr/Sa und Sa/So bis Satzkorn
- Bus 692/695 Richtung Institut für Agrartechnik bzw. Bhf Pirschheide: aufgrund staubedingter Behinderungen entfällt der Halt Mauerstr.
- Bus 698: geringfügig veränderter Fahrplan Sa+So im Tagesverkehr, um an der Kirschallee den Anschluss zum Bus 692 zu erreichen
- Bus 699: Einsatz eines Gelenkbusses in der Hauptverkehrszeit früh zur Erhöhung des Platzangebotes im Schülerverkehr
Des Weiteren erfolgt eine Ausweitung der Erschließungsqualität, wobei zwei neue Haltestellen eingerichtet werden:
· Tierheim (Bus 608, 643 in der Michendorfer Chaussee)
· Horst-Bienek-Straße ab voraussichtlich Frühjahr 2021 (Tram 92 zwischen H.-Meyer-Str. und Campus Fachhochschule)
Drei Haltestellen haben neue Namen:
· Wissenschaftspark Golm heißt künftig Science Park West
· Aus Bhf Golm/Universität wird Science Park/Universität
· Schloss Sanssouci in der Bornstedter Str. wird zu Schloss Sanssouci/Bornstedter Str. (Bus 614, 650, 697)



Neu im Filmmuseum - Ilka Brombach

Dr. Ilka Brombach (FOTO) ist seit Oktober die neue wissenschaftlich-kuratorische Leiterin am Filmmuseum. „Es freut mich sehr, dass wir mit Dr. Ilka Brombach eine äußerst kompetente und bestens vernetzte Wissenschaftlerin für unser Museum gewinnen konnten. In den vergangenen Wochen hat sie bereits entscheidend die weitere Digitalisierung des Museums vorangebracht.“, so die Amtierende Direktorin, Christine Handke.
Und die soll Brombach in Zusammenarbeit mit der Filmuniversität Babelsberg weiter vorantreiben und die Kino- und Ausstellungsabteilung weiter digitalisieren. Zudem wird sie ein gemeinsames Vermittlungskonzept für die zwei Standorte des Filmmuseums: den Marstall und das neue, im Entstehen begriffene Sammlungsgebäude am Medienstandort Babelsberg erarbeiten.
Ilka Brombach ist promovierte Filmwissenschaftlerin und war bisher in der Wissenschaft und im Kulturbereich tätig. Sie betreute filmwissenschaftliche Forschungsprojekte an der Freien Universität Berlin und an der Filmuniversität Babelsberg. Als Leiterin des Potsdamer Filmfestival moving history ist sie dem Filmmuseum Potsdam bereits seit 2016 verbunden und wird diese Tätigkeit weiterhin ausführen.

Planetarium mit Angebot an Schulklassen

Das URANIA-Planetarium möchte den



Schulklassen in Potsdam und in der Region für die Dauer der Schließung astronomische Bildung per Livestream am zukommen lassen. Darüber informierte Planetariumsleiter Simon Plate (FOTO). Ab sofort können diverse astronomische Themen über eine Kameraübertragung und mittels einer Raumflugsoftware erläutert, Fragen an den Moderator im Chat gestellt werden. Die Lehrinhalte werden dem Bedarf der Schülergruppe angepasst. Fragen gehen an **planetarium@ urania-potsdam. de oder 0331/2702721**.

Machbarkeitsstudie für Film-Festival

Potsdam, erste UNESCO Creative City of Film in Deutschland, will ein Umwelt-Film-Festival veranstalten. Den Auftrag zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie hat sie diesbezüglich an die Werbeagentur "Runze & Casper" vergeben. Die werden bei der Erstellung von Dieter Kosslick, dem langjährigen Direktor der Berlinale, und der Heinz Sielmann Stiftung unterstützt. Experten aus Umwelt und Film werden die Machbarkeitsstudie begleiten und auswerten.
„Potsdam ist prädestiniert für die Ausrichtung eines neuen Film-Festivals, das für Umweltthemen sensibilisiert – ist doch die Stadt als Klima-, Wissenschafts- und Filmstadt etabliert und motiviert, diese Themen miteinander zu verbinden“, sagte der Beigeordnete Bernd Rubelt.
Am 7. Dezember erfolgte im Rathaus die Auftaktrunde der Experten, das aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten soll, ob und wie ein solches, neues Event in Potsdam gestaltet werden kann.